

Als der militärische Zusammenbruch des Krieges der kaiserlichen Regierung und ihren Heerführern zum Bewußtsein gebracht hatte, daß ihre geschichtliche Aufgabe, der sie so wenig gewachsen waren, nun endgültig zu Ende war, übertrug die kurz vorher gebildete parlamentarische Regierung mit dem Reichskanzler Max von Baden die Reichsgewalt dem Vorsitzenden der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion Friedrich Ebert, dem Eduard David bis zu seinem Tod nicht nur Freund sondern auch Helfer und Berater war. Und als die Nationalversammlung in Weimar zusammentrat, wählte sie am 7. Februar 1919 zu ihrem ersten Präsidenten mit 374 von 399 abgegebenen Stimmen unsern Freund Eduard David. Er hat dieses Amt als die Krönung seiner politischen Arbeit empfunden und mit dem Bewußtsein der großen historischen Aufgabe geführt, die der Sozialdemokratie zugefallen war.

Eduard David hat seiner Partei, seinem Land, seinem Volk und der ganzen Menschheit in allen Zeiten seines Lebens mit seiner ganzen Kraft und seinem ganzen Herzen gedient und hat sich damit ein dauerndes Gedenken gesichert, bei denen, die ihn gekannt, und bei allen, die von ihm gehört und gelernt haben.

EDUARD BERNSTEIN · EDUARD DAVID ZUM GEDÄCHTNIS



ANZ unerwartet hat die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ein Schlag getroffen: Eduard David ist plötzlich einer Herzlähmung erlegen, die ihn infolge längern Leidens an einer Grippe ereilt hatte. Der Hingang dieses hochbegabten und charaktervollen Mannes ist für die sozialistische Bewegung ein sehr schwer zu tragender Verlust und wird auch in ihren Reihen allgemein als ein solcher empfunden. Eduard David hat sich als Parteimann sowohl in der Agitation wie auch in der Verwaltung überaus wirkungsvoll betätigt. Sein starker Sinn für alles Tatsächliche hat ihn zu jeder Zeit vor Fehlgriffen bewahrt, die anderen, die sich für besonders erfolgreiche Politiker halten, nur zu leicht passieren. Er hat sich der Bewegung in Fragen von größter Bedeutung als ein höchst zuverlässiger Führer erwiesen. Er hat schriftstellerische Arbeiten hinterlassen, die der Partei ein überaus wertvolles Andenken sind und denen, die ihn überleben, seinen Namen unvergänglich machen. Wenn mir die Zeit dazu zur Verfügung stehen wird, werde ich es als eine Pflicht betrachten auf sie eingehend zurückzukommen.

Der Herausgeber der Sozialistischen Monatshefte hat mir ein vollständiges Verzeichnis der Beiträge zur Verfügung gestellt, die Eduard David in der 1½ Jahrzehnte umfassenden Zeit seiner Mitarbeiterschaft für diese Zeitschrift geliefert hat, und die in ihr erschienen sind. Dieses Verzeichnis hat für die sozialistische Welt auch heute noch (und wieder) ein hohes Interesse. Es werden da Fragen erörtert, die sich auf sehr verschiedene Gebiete des sozialistischen Kampfs erstrecken und Objekte sehr lebhafter Auseinandersetzungen in der sozialistischen Welt gewesen sind. Diese Arbeiten behandeln so weit auseinandergelungene Gegenstände wie die Wertung der Beschlüsse sozialdemokratischer Parteitage und die Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Sozialdemokratie über die Lebens- und Leistungsfähigkeit größerer oder kleinerer landwirtschaftlicher Betriebe. In allen offenbart sich Eduard David als gut beschlagener sozialistischer Volkswirt und ebenso umsichtiger wie scharfblickender sozialdemokratischer Politiker.

Eine Probe dieser Eigenschaft biete ein Stück aus einem Artikel des Jahres 1900, betitelt Parteitag und internationaler Kongreß, einer Vorschau auf die Aufgaben des Mainzer Parteitags und des Pariser Kongresses. Da lesen wir: »So nützlich und notwendig die Parteitage für den geregelten Fortgang der Parteigeschäfte auch sind, so groß ihre Bedeutung als Anregungszentren für die parlamentarische Tätigkeit ist, so belebend der rege Meinungs- austausch und das persönliche Zusammensein mit den Kampfgenossen auf den einzelnen wirken, eins können sie doch nicht bieten. Sie können nicht, wie manche meinen, die Zukunft voraussehen und darum auch keine bindenden Direktiven geben für die Weiterentwicklung der Partei. Wie die ersten Im- pulse zu neuen Strömungen, so liegen auch die Kräfte, die deren Fortgang bestimmen, außerhalb der Parteitage. Weder die Wandlungen, die sich im praktisch-politischen Verhalten der Partei vollziehen, noch die Mauserungs- prozesse in theoretischer Beziehung lassen sich durch Parteitagsbeschlüsse verhindern oder sonstwie entscheidend beeinflussen. Die Entwicklung nimmt, unbeirrt durch Reden und Resolutionen, ihren stillen Lauf; nach kurzer Zeit schon erscheint die innere und äußere Situation so verändert, daß die mit so viel Leidenschaft und Logik erkämpften Beschlüsse als nicht mehr zutreffend empfunden werden. Sie werden ignoriert oder korrigiert.« Ein »klassisches Beispiel« dafür, fährt der Artikel fort, böten »die Parteitags- beschlüsse in der Frage der Beteiligung an den preußischen Landtags- wahlen«. Im Jahr 1893 hätte der in Köln abgehaltene Parteitag einstimmig beschlossen: »Es ist Pflicht der Parteigenossen in Preußen sich jeder Be- teiligung an den Landtagswahlen unter dem jetzt bestehenden Wahlsystem zu enthalten.« 4 Jahre später hätte aber der Hamburger Parteitag, trotz dem noch unverändert bestehenden Wahlsystem, erklärt: »Die Beteiligung an den nächsten preußischen Landtagswahlen ist überall geboten, wo die Verhältnisse eine solche den Parteigenossen gestatten«; jedoch »Kompro- misse und Bündnisse mit anderen Parteien dürfen nicht abgeschlossen wer- den«. Und 2 Jahre darauf, 1899, sei in Hannover, »in schroffem Widerspruch zu der letztern Bestimmung, durch Annahme der Resolution Bebel das jeweilige Zusammengehen mit bürgerlichen Parteien bei Wahlen etc. sank- tioniert« worden. »Ein solcher Zickzackkurs ist nichts Schönes«, setzt Eduard David in objektiver Würdigung des ihm bekannten Empfindens weiter Kreise der Arbeiter darüber hinzu, und er knüpft daran die Frage: »Läßt er sich vermeiden?« Mit geschickter Logik fährt er fort: »Sowenig die Partei verhindern kann, daß neue Ereignisse eintreten, und infolgedessen sich unvorhergesehene Veränderungen in der Arena des öffentlichen Lebens vollziehen, so wenig läßt es sich vermeiden frühere Beschlüsse unzustoßen und durch neue zu ersetzen. Aus bloßer Ehrfurcht vor der Autorität des Parteiparlaments an einmal gefaßten Resolutionen festhalten, dem Wechsel der Dinge zum Trotz, das wäre das Törichteste, was die Partei tun könnte. Aber etwas könnte doch geschehen, um der direkten Desavouierung des einen Parteitags durch den andern vorzubeugen. Man sollte vorsichtiger sein in der Form der Beschlüsse. Man sollte diesen, die aus gegenwärtigen Situationen und Stimmungen hervorgehen, nicht die Fassung absolut und ewig geltender Normen geben.«

Eine gewiß berechtigte Mahnung, die im Streit Liegenden gegenüber stets am Platz ist.

